

# Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke, Breslau I □  
Sandstr. 10 □ Fernsprecher 3775 u. 71.

Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 3,- Mark. □

Schriftl.: Arch. Prof. Just und Baurg.  
Martin Preuß, beide in Breslau. □

Inhalt: Die Verwendung offener Koksfeuer auf Bauten. — Rechtsfähige Arbeitgeberverbände. — Gartenhaus. — Wandplattenverkleidung in heißen Räumen. — Jagdhaus „Waidmannsrub“. — Wandvertäfelung mit Tür und Treppenaufgang. — Verschiedenes. — Handelsteil.

## Die Verwendung offener Koksfeuer auf Bauten.

Wie allgemein bekannt, werden zum Austrocknen von Bauten vielfach offene Koksfeuer verwendet, die in Koks-körben brennen, welche aus Flach- oder Stabeisen hergestellt sind. Die aus diesen offenen Koksfeuern entweichenden Gase enthalten Kohlenoxyd, das wegen seiner Giftigkeit öfters zu Unfällen für die auf Bauten beschäftigten Arbeiter geführt hat. Wenn auch die Zahl dieser Unfälle im Vergleich zu den bei Bauten überhaupt vorkommenden verhältnismäßig gering ist, so muß ihnen eine besondere Bedeutung doch insofern beigemessen werden, als sie infolge der überaus giftigen Wirkung des Kohlenoxydgases auf den menschlichen Organismus meist tödlich oder jedenfalls mit schwerer Gesundheits-schädigung verlaufen. Das Reichs-Versicherungsamt hat deshalb der Angelegenheit schon seit langem seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Auch die Bauwerks-Berufsgenossenschaften suchten den nachteiligen Folgen der Verwendung von Koks-körben dadurch vorzubeugen, daß sie in ihren Unfallverhütungsvorschriften das Arbeiten und den längeren Aufenthalt in Räumen, in denen offene Koksfeuer brennen, oder die mit derartigen Räumen in Verbindung stehen, verboten. Trotz dieser Bestimmung kommen aber immer noch Unglücksfälle vor, meist infolge Zuwiderhandelns der Arbeiter (Bauwächter) gegen obgenannte Vorschrift. Es entstand deshalb die Frage, ob nicht der Gebrauch offener Koksfeuer überhaupt zu untersagen sei und das Austrocknen der Bauten nicht mit anderen, ungefährlichen Vorrichtungen erfolgen könne.

In letzterer Beziehung kam die Verwendung von sogenannten Koksöfen (Türkische, Zimmermannsche, Reißsche Koksöfen u. a.) in Betracht. Diese sind mit Abzugsvorrichtungen versehen, durch welche die schädlichen Gase ins Freie geführt werden. Derartige Öfen haben aber im Gegensatz zu den Koks-körben, abgesehen von den größeren Anschaffungskosten, den Nachteil, daß sie schwieriger von Ort lichen, die Frage wissenschaftlich untersuchenden Gutachten zu Ort zu bewegen sind. Weiterhin wirken sie nur durch die strahlende Wärme, während die offenen Koksfeuer neben der letzteren noch reichliche Mengen freier Kohlensäure an die Luft des Raumes abgeben und infolgedessen ein schnelleres Erhärten des Mörtels herbeiführen sollen. Wegen dieser Vorzüge der Koks-körbe halten die Bauunternehmer an der weiteren Verwendung der einfacheren und billigeren Koks-körbe mit großer Zähigkeit fest. Unter diesen Umständen konnte das Reichs-Versicherungsamt das vollständige Verbot der offenen Koksfeuer nicht ohne weiteres empfehlen.

Zur Klärung dieser wichtigen Angelegenheit veranlaßte es daher zu Anfang dieses Jahres eine Besprechung mit Vertretern der Bauwerks-Berufsgenossenschaften und des Kaiserlichen Gesundheitsamts. Hierbei wurde beschlossen, die Wirkungsweise der offenen Koksfeuer durch praktische Versuche auf verschiedenen Neubauten festzustellen. Diese Versuche haben inzwischen stattgefunden. Aus dem ausführlichen Kaiserlichen Gesundheitsamts können an dieser Stelle nur einige kurze Mitteilungen gemacht und die Schlüs-solgerungen mitgeteilt werden. Die Feststellungen bezogen sich auf die Zusammensetzung des von den brennenden Koks-körben ausströmenden Kohlendunstes, auf seine Verteilung in den Räumen und auf seinen Kohlenoxyd- und Kohlensäuregehalt in den einzelnen Räumen der für den Versuch besonders hergerichteten Rohbauten.

Diese Untersuchungen wurden bei verschiedenen Luftverhältnissen (Ventilation) und unter Verwendung mehrerer Koksgrößen angestellt. Die Gasproben wurden an verschiede-

Stellen der betreffenden Räume (am Fußboden, an der Decke, in der Nähe der Koks-körbe usw.) entnommen. Es wurde dann in den angegebenen Beziehungen die Luft der Räume, in denen die brennenden Koksöfen aufgestellt waren, sowie die Luft aus den seitlich von und über diesen Räumen gelegenen Zimmern und dem Treppenhause auf das genaueste analytisch untersucht. Durch diese mannigfaltigen Ermittlungen und Beobachtungen hatte man eine ziemlich Gewißheit, den tatsächlichen Verhältnissen so nahe als möglich zu kommen. Die gefundenen Ergebnisse wurden mit den allgemeinen wissenschaftlichen Feststellungen über die Giftwirkung des Kohlenoxyds verglichen und daraus die entsprechenden Schlüs-solgerungen gezogen, welche das Kaiserliche Gesundheitsamt wie folgt zusammenfaßt:

„Ein nicht nur vorübergehender Aufenthalt in solchen Räumen, in welchen Koks-körbe brennen, wird grundsätzlich zu verboten sein. Die Verwendung von Koks-körben wird ferner nur in den Räumen zu gestatten sein, welche ausgiebig mit der freien Luft in Verbindung stehen (durch Freilassung des obersten Drittels der Fensteröffnungen) und welche gegen die Nachbarräume soweit abgeschlossen sind, daß ein erheblicher Luftaustausch zwischen beiden ausgeschlossen ist. Für die zweckmäßigste Art, diesen Abschluß herbeizuführen, haben die Versuche sichere Anhaltspunkte nicht ergeben; es scheint aber, als ob es gewöhnlich genügt, die Möglichkeit eines weitgehenden Austausches der Luft-massen zwischen den Räumen zu verhindern.“

Der Aufenthalt in Räumen, welche neben, über oder unter Räumlichkeiten mit brennenden Koksöfen gelegen sind, erscheint unter den geschilderten Bedingungen im allge-mei-nen dann gefahrlos, wenn sie ebenfalls gleichzeitig nach außen gelüftet werden. Als ausreichende Lüftung kann auch hier angesehen werden, wenn ein Drittel der für die Fenster bestimmten Flächen der Außenluft freien Zutritt gewährt.“

Dieses Ergebnis der Versuche stimmt mit den Erfahrungen, welche das bisherige Vorgehen des Reichs-Versicherungsamts bestimmt und veranlaßt haben, bei der Ergänzung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften eine genügende Lüftung zu verlangen, im wesentlichen überein. Dieses Gutachten liefert den Beweis, daß die vollständige Beseitigung der offenen Koksfeuer nicht zu fordern ist, und daß es vom unalltechnischen Standpunkt aus genügt, wenn neben den bereits bestehenden Vorschriften für Räume, in denen offene Koksfeuer brennen, noch bestimmt wird, daß solche Räume mit der Außenluft ausgiebig in Verbindung zu setzen sind. Nach dem Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamts genügt das Freilassen des obersten Drittels der Fensteröffnungen. In gleicher Weise sollen die neben, über und unter dem Koksfeuer befindlichen Räume gelüftet sein. Hiernach dürften für die Unfallverhütungsvorschriften der Bauwerks-Berufsgenossenschaften Bestimmungen zu empfehlen sein, welche das Arbeiten und den unnötigen Aufenthalt in Räumen, in denen brennende Koks-körbe aufgestellt sind, verbieten und verlangen, daß die mit der Bedienung der brennenden Koks-körbe beauftragten Arbeiter solche Räume sofort nach der Bedienung der Feuerstellen wieder zu verlassen haben. Ferner ist zu fordern, daß solche Räume durch Offenhalten eines genügenden Teiles der Fenster oder durch andere Öffnungen mit der Außenluft in Verbindung gesetzt und daß sie gegen die benachbarten Räume dicht abgeschlossen werden. Andernfalls wären auch die Nachbarräume durch ausreichende Luftzufuhr zu lüften.

## Rechtsfähige Arbeitgeberverbände.

Bezüglich der sich besonders im Bauhand allerorts bildenden Lokalverbände von Handwerksmeistern erhebt sich vielfach die Frage, ob sie die Rechtsfähigkeit erlangen können und welche Vorteile diese Rechtsfähigkeit mit sich bringt.

Es mögen einige Worte über den Begriff der Rechtsfähigkeit zum Verständnis des folgenden vorausgeschickt werden. Rechtsfähig sein heißt, Träger von Rechten sein können. Rechtsträger sind zunächst die einzelnen Menschen; sie können Eigentum haben, Ansprüche gegen andere und auch — fast nur least — Schindeln. Außer den einzelnen Menschen kennt unser Recht auch noch andere Rechtsträger, die sogenannten juristischen Personen. Juristische Personen sind in der Hauptsache Personenverbände, denen das Recht die Fähigkeit beilegt, als solche, d. h. als Verbände, Rechtsträger zu sein. Wird die juristische Person durch einen Verband natürlicher Personen gebildet, so ist sie rechtlich scharf zu sondern von diesen ihren Mitgliedern. Denken wir uns z. B. einen rechtsfähigen Verein, der aus 10 Mitgliedern besteht und der ein Hausgrundstück in seinem Eigentum hat, auch Mietzinsforderungen gegen Mieter dieses Grundstückes und Schulden an eine Anzahl von Bauhandwerkern, Wer schuldet? Nicht das Mitglied 1, nicht das Mitglied 2 usw. bis zum Mitglied 10, sondern der, rechtlich von seinen 10 Mitgliedern verschiedene Verein schuldet. Ebenso kann nur dieser Verein, nicht aber die Mitglieder, die Miete fordern usw. Wird der Verein zahlungsunfähig, so kann Konkurs über sein, nicht aber über das Vermögen der Mitglieder eröffnet werden, während die Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedes den rechtsfähigen Verein gar nicht berührt. Die juristische Person ist kein Mensch. Sie ist, wie der juristische Witz sagt, ein Unmensch.

Soviel zum Begriff der juristischen Person. Wie wird nun ein Verband juristische Person, und welchen Wert hat es für ihn, juristische Person zu werden? Wir wollen uns zunächst mit der letzteren Frage beschäftigen, denn nur dann, wenn es sich als wertvoll herausstellt, die Rechtsfähigkeit zu erlangen, ist es wissenschaftlich, welcher Weg dazu eingeschlagen werden muß. Nehmen wir einen nicht rechtsfähigen Personenverband von etwa 100 Mitgliedern an. Nehmen wir ferner an, dieser Verband will Ansprüche geltend machen. Da er nicht rechtsfähig ist, so hat er, wenn man die Sache mit juristischer Schärfe betrachtet, überhaupt keine Ansprüche, sondern seine Mitglieder haben diese Ansprüche. Ein nicht rechtsfähiger Verein ist in der wörtlichsten Bedeutung rechtlos. Will er nun „seine“ Ansprüche im Wege einer Klage geltend machen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß alle Mitglieder klagen. Sind diese nicht zusammen zu bekommen, so muß die Klage überhaupt unterbleiben, und das Recht gibt überhaupt gar keinen Weg an, den Anspruch zwangsweise durchzubringen.

Auf der anderen Seite aber behandelt das Recht den rechtsunfähigen Verein noch ungünstiger. Er kann nämlich verklagt werden, als ob er die Rechtsfähigkeit besäße. Hier sieht das Recht, das dem Gläubiger nicht zuzumuten will, alle einzelnen Mitglieder zu verklagen, den Verein als rechtsfähig an. (§ 50 der Zivilprozeßordnung.)

Da indessen ein Vereinsvermögen nicht vorhanden ist, sondern nur ein Vermögen der einzelnen Mitglieder, so haften für die Schulden des Vereins die einzelnen Mitglieder mit ihrem gesamten Vermögen. Beim rechtsfähigen Verein ist das natürlich ausgeschlossen, weil er ein eigenes Vermögen hat und selber Schuldner ist; die Mitglieder schulden gar nichts. Will ein Verein ein Grundstück zu Eigentum erwerben, so ist das nur möglich, wenn er rechtsfähig ist. Der nichtrechtsfähige Verein kann natürlich nicht als Eigentümer im Grundbuche eingetragen werden; es müssen also die sämtlichen Mitglieder als Mit Eigentümer eingetragen werden. Die Beispiele lassen sich sehr vermehren. Aus ihnen geht so überzeugend der ungeheure Vorteil der Rechtsfähigkeit hervor, daß eine weitere Begründung überflüssig erscheint.

Was die Frage betrifft, wie die Rechtsfähigkeit erworben wird, so unterscheidet unser Bürgerliches Gesetzbuch Vereine, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb

gerichtet ist und Vereine, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. Um ein kurzes Schlagwort zu haben, spricht man auch von wirtschaftlichen und von idealen Vereinen. Die wirtschaftlichen Vereine erlangen die Rechtsfähigkeit durch Erfüllung gewisser Formvorschriften und sind dann z. B. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder eingetragene Genossenschaften. Abgesehen von diesen bestimmten Handelsgesellschaften erhalten die wirtschaftlichen Vereine ihre Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung, die übrigens nicht allzuleicht erteilt wird. Anders die sogenannten idealen Vereine. Um ein Mißverständnis auszuschließen: das Ideal im gewöhnlichen Sinne des Wortes hat nichts mit diesen Vereinen zu tun oder braucht wenigstens nichts mit ihnen zu tun zu haben, die Vereine dürfen nur nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet sein, sie können aber wohl wirtschaftliche Zwecke verfolgen und werden dies sehr häufig tun. Ortsverbände von Handwerksmeistern, die der Wahrung und der Hebung der Standesangelegenheiten dienen, gehören also zu den idealen Vereinen.

Die idealen Vereine erlangen die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister. Um die Eintragung zu erlangen muß der Vorstand unter Einreichung der Vereinsatzung in Urschrift und Abschrift, sowie einer Abschrift der Urkunden über die Bestellung des Vorstandes dem Verein zur Eintragung beim zuständigen Amtsgericht anmelden. Die Satzung soll von mindestens 7 Mitgliedern unterschrieben sein und die Angabe des Tages der Errichtung enthalten. Der Vorstand ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung bestellt worden und kann aus mehreren und auch aus einer Person bestehen. Die Satzung muß den Zweck, den Namen und den Sitz des Vereins enthalten. Der Name soll sich von den Namen anderer eingetragener Vereine am selben Orte deutlich unterscheiden. Die Satzung soll ferner Bestimmungen enthalten:

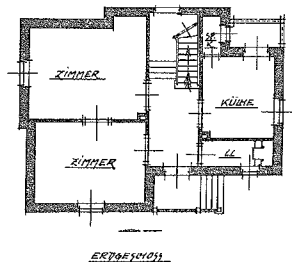
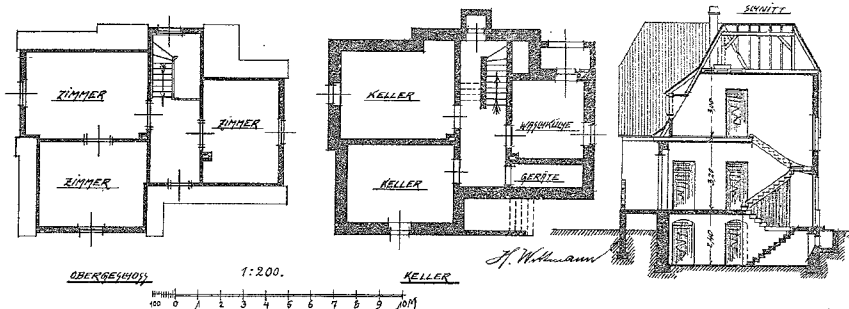
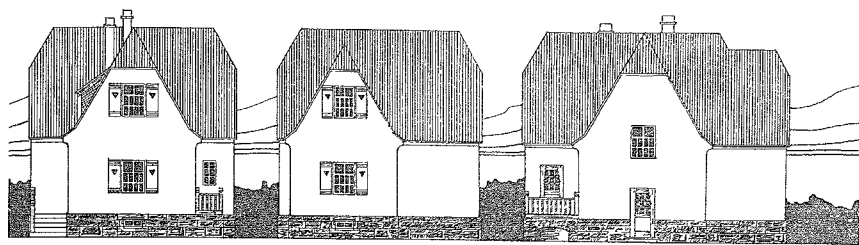
1. über den Eintritt und Austritt der Mitglieder;
2. darüber, ob und welche Beiträge von den Mitgliedern zu leisten sind;
3. über die Bildung des Vorstandes;
4. über die Voraussetzungen, unter denen die Mitgliederversammlung zu berufen ist, über die Form der Berührung und über die Beurkundung der Beschlüsse.

Das Amtsgericht prüft zunächst, ob die Anmeldung ordnungsmäßig ist, d. h., ob sie den angegebenen (und noch anderen) Vorschriften entspricht. Ist dies nicht der Fall, so wird sie unter Angabe der Gründe zurückgewiesen. Gegen den zurückweisenden Beschluß kann die sogenannte sofortige Beschwerde an das Landgericht eingelegt werden. Erachtet aber das Amtsgericht die Anmeldung für formgemäß zulässig, so nimmt es dennoch die Eintragung ins Vereinsregister noch nicht vor, teilt vielmehr der zuständigen Verwaltungsbehörde die Anmeldung mit. Die Verwaltungsbehörde kann gegen die Eintragung in gewissen Fällen Einspruch erheben, insbesondere, wenn der Verein einen politischen, einen religiösen oder einen sozialpolitischen Zweck verfolgt. Der erhobene Einspruch wird vom Amtsgericht dem Vorstände mitgeteilt und diesem steht nun die Möglichkeit des Verwaltungsstreites offen. Erfolgt kein Einspruch der Verwaltungsbehörde, so trägt das Amtsgericht den Verein in das Vereinsregister ein. Der Verein erhält jetzt den stolzen Zusatz „eingetragener Verein“, zu seinem Namen. Er ist jetzt rechtsfähig, hat selber Rechte und Vermögen. Die Eintragung wird übrigens auch durch das Amtsblatt öffentlich bekannt gemacht, natürlich auf Kosten des Vereins.

Dr. Jur. A.

## Wandplattenverkleidung in heißen Räumen.

Die Übelstände, welche sich an den mit Wandplatten verkleideten Wänden solcher Räume zeigen, die hohen Hitze-graden ausgesetzt sind, wie Lockerwerden des Mörtels, Sprünge in den Wandplatten, Auftreten und Abspringen einzelner Plättchen, Blasenbildungen im Mörtel, usw., sind in Fachkreisen allgemein bekannt. Die Schwierigkeiten, welche



### Gärtnerhaus.

Architekt Heinrich Wittmann in Darmstadt.

Dasselbe ist für den Gärtner der öffentlichen Anlagen eines kleineren Städtchens geplant und bietet eine Familienwohnung von zwei Wohnzimmern nebst Küche im Erdgeschoß, sowie drei Schlafräumen im Dachgeschoß. Speisekammer, Abort, Waschküche und Kellerräume sind gleichfalls vorhanden.

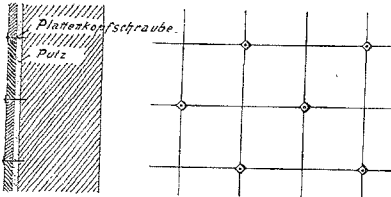
Da das Häuschen, obwohl hinter Bäumen versteckt, allseitig sichtbar bleibt, so ist durch Anordnung von Giebel- ausbauten eine bescheidene Gruppenwirkung erstrebt worden, die im Verein mit der Farbenwirkung heligestrichener Putzwände, roter Ziegeldachflächen und buntgemalten Holzwerkes ein freundliches malerisches Gesamtbild verspricht.

sich hiernach der dauernd guten Erhaltung einer Wandplattenverkleidung entgegenstellen, sind sehr verschieden, je nachdem die in Rede stehenden Räume mit feuchter oder trockener heißer Luft angefüllt sind; außerdem übt die Wahl der Plattenmasse und des Mörtels einen Einfluß auf die Dauerhaftigkeit der Wandverkleidung aus.

In Räumen mit feuchter, heißer Luft, wie sie beispielsweise in verschiedenen Heilanstalten (Schwitzbäderräumen) und Fabrikanlagen, Siedereien, Kochereien, Färbereien, usw. zu finden sind, wird man den beregten Umständen schon begegnet können, wenn man einen Mörtel von Zement unter Zusatz von etwas zerpulverten Asbest und desgleichen Harz verwendet und die Plattenflächen nicht zu dicht anordnet. Vorausgesetzt ist hierbei, daß die Mauerflächen vor Inangriffnahme der eigentlichen Verkleidungsarbeiten sorgfältig auskratzt und die so freigelegten Wandflächen gehörig angeölt werden. Zu beobachten wäre ferner, daß Porzellanwandplatten bzw. Fayenceplatten gegenüber den Ton- bzw. Steinungplatten zur Befestigung einen Mörtel von größerer Kittfähigkeit erfordern. Hat man in solchen Räumen außerdem mit dem Vorhandensein angreifender säure- oder salzhaltiger Dämpfe in der Luft zu rechnen (chemische

Laboratorien, Siedereien, Inhalationsräume usw.), so wird man gut tun, einen Mörtel zu wählen, der je zur Hälfte aus Töpferton und Zement mit den oben genannten Beimischungen besteht.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in sogenannten Heißlufträumen (Heißluftbaderäumen, Darrern usw.) in denen trockene, heiße Luft vorhanden ist. Dieselbe wirkt stärker auf die Zerstörung der Wandbekleidungsstoffe und erfordert demgemäß verschärfte Schutzmaßregeln. Das im Vorangehenden über Ankratzen der Mauerfugen und Anmässen der Wandflächen gesagte gilt hier in erhöhtem Maße. Der zu verwendende Mörtel muß besonders hitzebeständig sein und wird zweckmäßig aus einem trockenen Gemisch von 1 Teil Zement,  $\frac{1}{2}$  Teil Schamottepulver unter Zusatz von etwas zerpulverten Asbest hergestellt, dem man 2 Teile mit Wasser angemachten Töpferton unter stetigem Umrühren zugebt, bis ein steifer, handrechter Mörtel entstanden ist, der dann gleich verwendet werden muß. Zur Vermeidung des



Abreisens einzelner Platten empfiehlt es sich, sogenannte Lochplatten zu verwenden. Dieselben werden in der Masse der Platten vermittelst breitreißiger Schrauben gehalten und mit den Gewindeenden der Schrauben eingemauert. Es genügt, auf 1 qm Wandfläche etwa 6–10 Lochplatten vorzusehen und ist wohl selbstverständlich, daß auch hier auf die Vermeidung von Preßfügen, welche ein Arbeiten der Masse bei der großen Hitze verhindern, besonderes Augenmerk zu richten ist. Eine andere Befestigungsart ist die vermittelst Plattenkopfschrauben (vgl. obenstehende Abbildung). Die mit breiten Plattenköpfen aus Messing versehenen Schrauben werden bei Herstellung der Plattenverkleidung gleich mit eingemauert und können entweder in jeder oder in jeder zweiten Lagerfuge angeordnet werden.

Kos s., Stadtbaumstr. a. D.



## Verschiedenes.

### Für die Praxis.

**Reinhaltung von Lichtschächten.** Man schreibt uns Die meisten deutschen Städte haben bezüglich der Reinlichkeit der Straßen gegen frühere Zeiten große Fortschritte aufzuweisen, man kann wenigstens in dieser Beziehung nicht von der guten alten Zeit reden. Auf einen Punkt möchte ich aber durch diese Zeilen hinweisen, das ist der Zustand der an den Kellerfenstern an den Straßen- und Hofseiten ausgeführten Lichtschächten. Was dieselben alles an Schmutz und Unrat enthalten, ist kaum zu sagen; und würde es wirklich ein Verdienst der zuständigen Stellen sein, wenn hier einmal gründlich Wandel geschaffen würde. Es sind diese Schmutzwinkel um so leichter geeignet, Krankheitskeime weiter zu verbreiten, weil hier wenig Luft und meist gar keine Sonne hinkommt. Ob eine behördliche Verfügung besteht, welche hier in Anwendung gebracht werden könnte, ist mir nicht bekannt, jedenfalls würde es aber für die Grundbesitzer-Vereine eine dankbare Aufgabe sein, ihre Mitglieder zu veranlassen, der Reinigung der Lichtschächte etwas mehr Sorgfalt zuzuwenden. Sr.

**Rasches Erhärten von Zement.** Eine Zementmischung, die fast fast schon in einer Minute erhärtet, erhält man, wenn ein trockenes Gemenge von 2 bis 3 Teilen Zement und 1 Teil

Sand mit einer 30–40 Grad warmen Lösung von 50 g Pottasche und 17 g Kochsalz in 1 l Wasser angemacht wird. Hat man Wasserglas zugesetzt, so hüte man sich, laut „Techn. General-Anzeiger“, ganz besonders, die Mischung anstatt mit einem Schaumschläger oder Löffel mit der Hand zu bewirken, weil durch die ätzenden Eigenschaften der Lauge die Haut stark angegriffen wird und man leicht Wunden bekommt, die schmerzhaft sind und langsam heilen. Der Zement allein zeigt die Eigenschaft, der Haut das Fett zu entziehen, die Haut wird trocken und runzlig. Da auch schon der Zementstaub die Schleimhäute stark angreift, ist ein Einschmieren des Naseninnern mit Vaseline zu empfehlen.

**Ein guter Anstrich für Holz,** welcher angeblich so gut wie Ölfarbe sein soll und dabei billiger ist, wird von der „Zeitschrift für Drechsler“ empfohlen und wie folgt hergestellt: Man löscht 18 l ungelöschten Kalk mit kochendem Wasser und hält ihn während dem bedeckt. Dann seigt man ihn durch und gibt 9 l Salz, aufgelöst in warmem Wasser, dazu. Hierauf werden  $1\frac{1}{2}$  kg gemahlener Reis in kochendes Wasser geschüttet und zu einem dünnen Brei gekocht, worauf dann  $\frac{3}{4}$  kg gepulvertes spanisches Weiß und  $\frac{1}{2}$  kg reiner Leim in Wasser aufgelöst werden. Dies mischt man zusammen und läßt dann das Gemenge einige Tage lang stehen; die so zubereitete Tünche soll so heiß als möglich mit Farbpinsel aufgetragen werden.

**Wachsbeize für Fußböden.** Man kocht 1100 g Gelbholz und 500 g Fernambukspäne und 90 kg Seifensiederlauge und 500 g Pottasche und dampft die Flüssigkeit bis auf 20 l ein. In der abgekessenen und durchgeseihten Flüssigkeit läßt man 170 g Orleans und 5 kg Wachs unter Erwärmen zergehen, rührt bis zum Erkalten um. Diese Beize wird auf den Fußboden aufgetragen, mit der Bürste geglättet, dann der Fußboden täglich abgekehrt, wöchentlich einmal mit einem feuchten Lappen aufgewischt, späterhin teilweise, soweit gegangen, der Anstrich also abgenutzt wird, mit Beize bestrichen und gebürstet. Alle vier bis sechs Wochen wird der ganze Fußboden mit der Beize bestrichen, trocknen lassen und wieder gebürstet.

### Verbands-, Vereins- usw. -Angelegenheiten.

**Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.** Der Bund hat auf seiner kürzlich stattgehabten Dresdener Tagung die „Ostdeutsche Bau-Zeitung“ gleichfalls zu seinem Verkündigungsorgan bestimmt.

**Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands.** Am 10. d. M. hat sich in Breslau eine Landesvereinigung Schlesiens dieses Verbandes gebildet. Zur Durchführung der weiteren Agitation wurde ein Landesausschuß gewählt.

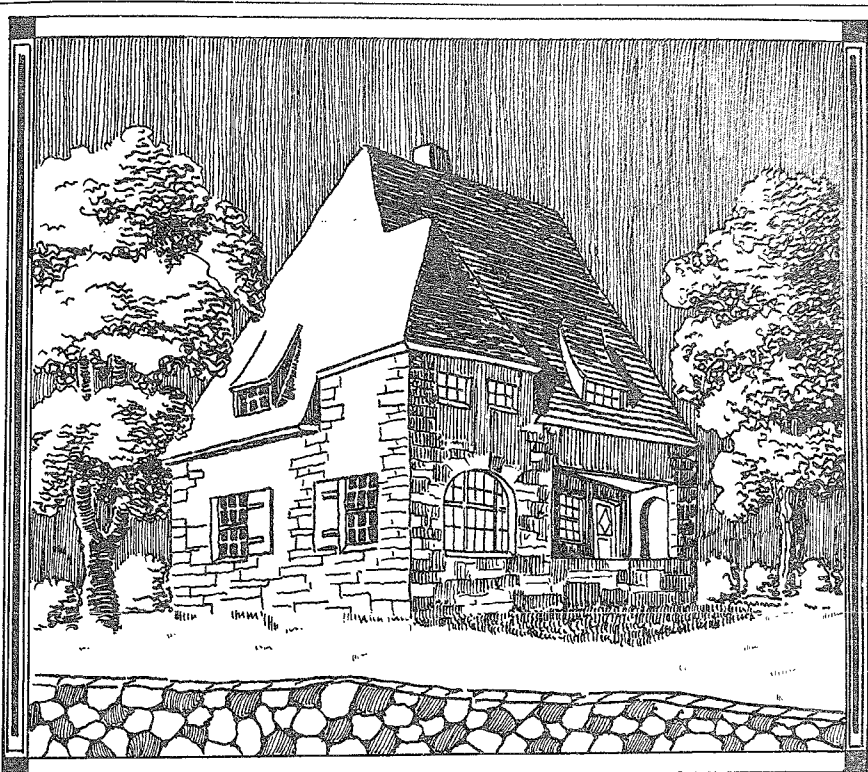
**Zentralverband Deutscher Zementwaren- und Kalkstein-Fabrikanen.** Am 9., 10. und 11. d. M. wurden in Kahlfurt, Breslau und Kadrinz Versammlungen abgehalten, in denen die Gründung von Bezirksverbänden beschlossen wurde. Es haben sich drei Bezirke gebildet: Nieder-, Mittel- und Oberschlesien, die sich zu einer Landesvereinigung Schlesiens zusammengeschlossen haben.

**Der Deutsche Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie, e. V.,** hält seine dritte Vorstandssitzung am Sonnabend den 2. April 1910, vorm. 11 Uhr, im Vereins-haus des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin NW., Charlottenstraße 43, ab.

### Ausstellungswesen.

**Gewerbe- und Industrieausstellung Schweidnitz 1911.** Das Zustandekommen dieser für das nächste Jahr geplanten Ausstellung ist nunmehr gesichert. Der Ausstellungs-gedanke hat vielfach Zustimmung und Unterstützung gefunden. Der Plan der Ausstellung ist von vornherein so gestaltet worden, daß mit der Ostdeutschen Ausstellung in Posen keinerlei Konkurrenz stattfindet. Schweidnitz beabsichtigt nur die wirtschaftliche Entwicklung eines enger begrenzten Gebietes zu unterstützen. Auch dem Bauwesen und der Architektur wird ein entsprechender Platz eingeräumt werden.

(Fortsetzung Seite 168.)



## Jagdhhaus „Waidmannsruh“.

Architekt L. O. Vogler in Kiel.

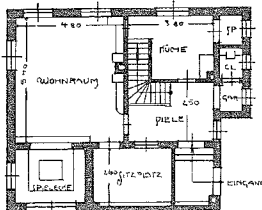
Dieses Haus soll seinen Besitzer während der Jagdzeit einen angenehmen Aufenthalt bieten und ist für ein größeres Jagdgebiet geplant, wo in näherer Umgebung keine Unterkunft zu finden ist.

Wenn die Baukosten auch nur 7500 M betragen, so sind doch durchweg haltbare und dauerhafte Baustoffe gewählt, um in erster Linie Ausbesserungsarbeiten möglichst auszuschließen.

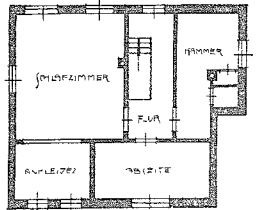
Der Grundriß ist so angeordnet, daß der Wohnraum mit anschließender Plauder- oder Spielecke den Mittelpunkt des Hauses bildet, um hier nach geläuter Arbeit beim Kaminfeuer die Ereignisse des Tages zu besprechen oder im Abendlicht in der Spielecke den üblichen Jagdskat zu spielen.

Die Küche ist durch ein Fenster mit dem Wohnzimmer verbunden und an sich nur klein bemessen. Die Diele nimmt gleich die Treppe mit auf, welche der Art des ganzen Hauses entsprechend einfach und gediegen hergestellt ist. Speisekammer, Abort und Kleiderraum sind zweckentsprechend angeordnet bei passender Raumbemessung.

Im Erdgeschoß ist noch ein überdeckter Sitzplatz vorhanden, um an schönen Abenden die frische Waldluft genießen zu können.



ERDGESCHOß



DACHGESCHOß

Im Dachgeschoß sind die Schlafräume, sowie eine Kammer für den Diener vorgesehen. Von einem Badeist, obwohl erwünscht, mit Rücksicht auf die Wasserbeschaffung, welche sich schwierig gestalten würde, abgesehen.

Zum inneren Ausbau sei bemerkt, daß möglichst feststehendes Hausgerät verwandt werden soll und Bänke, Tische usw. gleich mit eingebaut gedacht sind.

Die Außenmauern zeigen Findlinge und grauen Kalkputz. Die Fenster und das sonst vorhandene Fachwerk sind grün, die Fensterläden bunt abgesetzt. Das Dach ist mit roten Pfannen gedeckt. Die Umwöhrung aus Findlingsmauerwerk ist dem Gepräge des Hauses entsprechend.

## Rechtswesen.

**rd. Schadensersatzanspruch des Bauherrn gegen den Bauunternehmer.** Ein Grundbesitzer hatte einen Bauunternehmer mit der Errichtung eines Gebäudes beauftragt. Nach Fertigstellung der Arbeit stellte der Auftraggeber verschiedene Mängel an dem Bau fest, und infolgedessen verlangte der Bauherr von dem Unternehmer, er solle binnen acht Tagen die mangelhaften Arbeiten ordnungsmäßig herstellen, widrigenfalls er sie auf Rechnung desselben anderweitig herstellen lassen werde. Später kam dann bezüglich der durch die anderweitige Herstellung der Arbeiten verursachten Mehrkosten ein Vergleich zwischen den beiden Vertragsschließenden zustande. — Nun stellte aber der Bauherr eine neue Forderung gegen den Bauunternehmer: er verlangte nämlich von jenem Ersatz der entgangenen Mietzinsen und des entgangenen Geschäftsgewinnes — Verluste, die ihm dadurch entstanden seien, daß er durch Verschulden des Bauunternehmers an der rechtzeitigen Benutzung des Gebäudes verhindert wurde. — Die Vorinstanz hatte diese Forderung des Klägers für unbegründet erklärt; er habe ja von dem ihm gemäß § 326 des Bürgerl. Gesetzb. zustehenden Rechte, Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu fordern, Gebrauch gemacht. Die Wahl dieses Rechtes sei mit dem fruchtlosen Ablauf der gestellten Frist bewirkt gewesen, und dadurch sei das Recht des Beklagten auf Erfüllung nebst dem Anspruch auf Schadensersatz wegen verspäteter Erfüllung erloschen. Der Kläger könne nicht neben dem Schadensersatz wegen Nichterfüllung jetzt wegen der verspäteten Fertigstellung der Arbeiten auch noch Schadensersatz wegen verspäteter Erfüllung verlangen. — Das Reichsgericht hat sich dieser Anschauung nicht angeschlossen. Im vorliegenden Falle handle es sich ja nicht um Anwendung des § 326 des Bürgerl. Gesetzb., sondern um diejenige des § 685, wonach der Besteller eines Werkes — falls der Mangel desselben auf einem Umstande beruht, den der Unternehmer zu vertreten hat — statt der Wandlung oder der Minderung Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen kann. — Der Umstand, daß der Grundbesitzer dem Bauunternehmer eine Frist zur Beseitigung der Mängel gesetzt hat, scheidet hier geltend gemachten Schadensersatzanspruch keineswegs entgegen. Im Falle des § 685 des Bürgerl. Gesetzb. kann der Besteller allein Schadensersatz verlangen, der mit dem Mangel in ursächlichem Zusammenhange steht, folglich auch den, der dadurch entstanden ist, daß das Gebäude bis zur Beendigung der Nachbesserungsarbeiten nicht benutzt werden konnte. So nach war der Anspruch des Bauherrn dem Grunde nach als berechtigt anzuerkennen, und demgemäß war die Aufhebung des Urteils der Vorinstanz geboten. (Entscheidg. des Reichsgerichts vom 23. Dzbr. 1909.) Nachdr. verb.

**rd. Die Selbständigkeit der Maurerpoliere.** Bei einem größeren Bau war ein Arbeiter in eine Baugrube gestürzt. Er hatte gegen den Bauleiter Schadensersatzansprüche geltend gemacht, doch hatte dieser eingewandt, er habe einen tüchtigen Polier auf dem Bau gehabt und sei daher nicht verpflichtet gewesen, sich um alle Einzelheiten, speziell um die Ausschachtungen, zu kümmern, da ein Polier sehr wohl befähigt sei, derartige Arbeiten zu leiten und zu beaufsichtigen. — Der Kläger wandte ein, der Bauleiter sei nicht berechtigt gewesen, derartige Arbeiten, wie sie die Ausschachtungen von Gruben sind, einem Polier selbständig zu überlassen. Vielmehr sei er verpflichtet gewesen, sich hierum selbst eingehend zu kümmern. Indessen hat das Reichsgericht dahin erkannt, daß den Bauleiter deshalb kein Verschulden treffe, weil er mit der Leitung und Beaufsichtigung von Ausschachtungen einen Polier betraute. Es entspricht einer berechtigten Verkehrsansehung, so meinte das höchste Gericht, daß einem tüchtigen und zuverlässigen Polier im Hinblick auf dessen Dienststellung im allgemeinen und die bei einem solchen Angestellten regelmäßig vorauszusetzende Sachkunde und Erfahrung, bestimmte Geschäfte am Bau zu selbständiger Ausführung anvertraut werden dürfen, ohne daß der Baumeister oder Bauleiter hierbei immer spezielle Anweisungen erteilen oder seine Tätigkeit jederzeit kontrollieren müßte. In den Kreis solcher Geschäfte fällt nach den Bestimmungen der Sachverständigen für die Regel auch die Vorkontrolle der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen bei Ausschach-

tungen von Gruben. Daß die Wahl und Ausführung der zweckmäßigsten Maßnahmen dem Polier überlassen wird, erscheint in einem Falle wie dem vorliegenden um so eher zulässig, wo die Gefahr und die Art und das Maß, wie einer etwaigen Gefahr vorzubeugen ist, erst mit dem Fortschreiten der Ausschachtungsarbeiten von dem hierbei ständig anwesenden Baugestellten erkannt und beurteilt werden kann. Handelt es sich um ungewöhnliche, eine besondere Vorsicht erheischende Verhältnisse, so wird natürlich der Bauleiter alle Veranlassung haben, dem Polier entsprechende Anweisungen zu erteilen oder persönlich auf der Baustelle nach dem Rechten zu sehen. Ein solcher Anlaß hat hier aber nicht vorgelegen. (Entscheidg. des Reichsgerichts vom 23. Dezember 09.) (Nachdr. verb.)

## Bücherschau.

**„Neueste Erfindungen und Erfahrungen“** auf den Gebieten der praktischen Technik, der Elektrotechnik, der Gewerbe, Industrie, Chemie usw. 37. Jahrgang 1910 (A. Hartleberg Verlag, Wien). Jährlich 13 Hefte = 7,50 Mark.

Inhalt des 2. Heftes. Künstliche Seide — Leinwandersatzmittel — Kesselsteinverhütung — Wachs- und Pechfackeln — Über Meerscham-Imitationen — Färben von Fasern mit Schweißfarben — Schamottesteine und Ersatz-Schamottesteine u. a. m.

Inhalt des 3. Heftes. Gärung — Holzbearbeitungsmaschinen — Polituren — Beifälligkeit — Mauersteinen. Röhren, Belagplatten usw. aus Hochfenschlacke — Konservierung des Holzes u. a. m.

**Das Schulzimmer.** Vierteljahrsschau über die Fortschritte auf dem Gebiete der Ausstattung und Einrichtung der Schulräume, sowie des Lehrmittelswesens. Herausgegeben von H. Th. Matth. Meyer, Hamburg. 7. Jahrgang. Jährlich 4 Hefte = 4 Mark. Verlag von P. Johannes Müller, Charlottenburg. Inhalt des 4. Heftes: Die Macht des Anferlichen. Von Paul Westheim. — Die Erziehung zum Raumbewußtsein durch das Schulzimmer. Von Edm. Leopold. — Die Lage der Fensterwand des Schulzimmers zur Sonne. Von Professor H. Ch. Nubbaum. — Freies Westlicht in unseren Schulen. Von Stadtbaurat Schoenfelder. — Verwertung „sinkender Kulturwerte“. Von Seing. — Die staubbindenden Fußbodenle u. a. m.

**Deutsche Konkurrenzen** herausgegeben von Prof. Neumeister in Karlsruhe, verlegt bei Seemann & Co. in Leipzig. Band 24, Heft 7, Nr. 283: Spar- und Leihbank für Oldenburg, Bismarckturn für Bromberg.

**Architektur-Konkurrenzen** herausgegeben von Architekt Scheurenbrandt, verlegt bei Ernst Wasmuth A.-G. in Berlin. Band 5, Heft 2: Saalbau für den Zoologischen Garten zu Berlin.

**Berliner Architekturwelt.** Verlag: Ernst Wasmuth in Berlin. 12. Jahrgang. 12. Heft. Inhalt: Die moderne Ausstellung bei Keller & Reiner.



## Handelsteil.

### Baustoffmarkt.

#### Steine.

**Der Kampf zwischen Ziegeln und Kalksandsteinen.** Der Kunststernausschuß des Verbandes deutscher Tonindustrieller hat beschlossen, an die größeren Ziegeleien, Verkaufsvereinigungen usw. mit der Bitte heranzugehen, zum Kampf gegen die Kalksandsteine Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Besonders sollen hierfür diejenigen Ziegeleien und Verkaufsvereinigungen in Betracht gezogen werden, in deren Bezirk viele Kalksandsteinfabriken liegen und die demnächst durch die Kalksandsteine besonders bedrängt werden.

#### Zement.

**Neue Einigungsverhandlungen.** In der Generalversammlung der Sächsisch-thüringischen Aktiengesellschaft für Kalksteinverwertung teilte die Verwaltung mit, daß erneut Verhandlungen wegen Gründung eines neuen Zementsyndikats stattfinden. Der Zementabsatz sei fortgesetzt gut. Die Verkaufspreise, die keinen Verdienst lassen, drängen auf einen neuen Zusammenschluß.



Quantum an Rohholz, das den Weichselmarkt erreichen wird, entwickelte sich in der letzten Zeit auf den russischen Flößlagern ein lebhaftes Verkaufsgeschäft in Rohholz. Eine Großhandlung in Halle kaufte einen größeren Posten wohnlicher Blöcke, eine Mühle in Bromberg eine größere Partie vom Flusse Bus stammender starker Rundkiefen, ein Sägewerk in Obergberg 5—6000 Stück für den Dimensionenschnitt bestimmter Rundkiefen, eine Leipziger Firma gegen 500 Stück Runden aus der Gegend von Pinsk. Außerdem wurden Umsätze in Manierlaten, Danziger Waren und geschnittenen Erlen, die sehr gesucht sind, bekannt. Groß war auch die Nachfrage nach Fichtenholz; astreine Ware ist knapp. In in- und ausländischen Foren wurden hohe Preise für feines Eichenholz bewilligt. Nur das Balkengeschäft zeigte bisher keine nennenswerte Aufwärtsbewegung. Die Verkäufe von Balken, die stattdessen, brachten bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr als 47½—48 Mark frei Berlin. Tanneibalken sind zu sofortiger Lieferung gesucht, zur späteren Lieferung in genügenden Posten angeboten.

Von der Parketindustrie. Infolge der stetig wachsenden Bauindustrie hat sich der Absatz von Parketstaben in der letzten Zeit merklich gehoben. Demzufolge ist eine bemerkenswerte Ausdehnung der Geschäfte in der Parketindustrie eingetreten, die zur Errichtung neuer Fabriken, besonders im Ausland geführt hat. Dort ist der Einkauf des Rohmaterials billiger, so daß die Fabriken den Wettbewerb mit den deutschen Unternehmen, die Eichenholz teuer bezahlen müssen, annehmen können. Auch jetzt wird wiederum in Budapest von der Holz-Exploitations-Akt.-Ges. eine neue Parketfabrik errichtet, deren Erzeugnisse hauptsächlich nach Deutschland exportiert werden sollen.

Auf dem süddeutschen Brettermarkt ist die Tendenz andauernd sehr fest. Die Vorräte an den Produktionsplätzen füllen sich allmählich an, weil die Werke in vollem Gange sind, aber die Bestände an den Stapelplätzen sind noch beschränkt. Gute Ware orientiert sich der besten Beachtung. Nach Kantonien hob sich die Nachfrage und die Preisforderungen sind im Anziehen begriffen. Der Rundholzmarkt heutzutage sehr still, zumal das Material im Walde hoch bewertet wird.

### Verschiedenes.

Förderung der heimischen Industrie in Rußland. Den Gouvernements- und Gubernatsrats ist vom Ministerium des Innern vorgeschrieben worden, den Städten Anteile für örtliche Bedürfnisse von unter der Bedingung zu gestatten, daß die betreffenden Abgaben von der Industrie des Landes angekauft und nur in den äußersten Fällen Bestellungen im Ausland gemacht werden. In diesen Fällen muß indessen der Erlaß des Ministers des Innern eingeholt werden, der seinerseits sich mit dem Handelsminister verständigt.

Lineoleum-Konvention. Für Berlin und die Provinz Brandenburg ist, wie die Fachschrift „Der Geschäftsfreund“ meldet, eine Lineoleum-Konvention gegründet worden, wonach mit Wirkung vom 16. März an eine Mindest-Preisliste für Lineoleum und Zubehör in Kraft tritt. Es soll dadurch den mannigfachen Mißständen begegnet werden, welche die im Januar eingetretenen Preiserhöhungen der Lineoleum-Fabrikate für die Handelswelt im Ueferlande hatten. Die führenden Firmen der Branche haben sich ausnahmslos der Vereinbarungen angeschlossen.

Über die Lage des Baustoffmarktes wird dem „B. T.“ anscheinend aus Baumaterialien-Handelskreisen geschrieben: Daß der Baustoffmarkt angesichts der bestehenden Verhältnisse, welche sich im Baugewerbe überall zeigen, wieder bequemt, etwas lebensfroher zu werden, ist einleuchtend. Und dennoch wird mancher Wermutstropfen in den Fremdenbecher hineingegießt! Als durchaus erfreulich kann daher die Lage des Baustoffhandels nicht bezeichnet werden. Dem Holzmarkt wird das Konzept dadurch verdorben, daß im Rohstoffmarkt eine Hausse eingezogen ist, die mit den Preisen, welche die Baumaterialien, nicht im Einklang steht. Das Zementgewerbe ächzt und stöhnt unter den Folgen einer Zollpolitik, welche allen ausländischen Fabriken gestattet, ohne jeden Zoll nach Heimschutz Deutschland mit Zement zu überschwemmen, wogegen die inländische Unternehmungen auf den Absatz innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle angewiesen sind. Die Zementbesitzer reiben sich mit den Kalksandsteinindustriellen. Die Kriegskosten werden von beiden Parteien getragene. Die Royalität der Geschäfte wird dadurch nicht gehoben. Die Steinhandlaren weisen mit Recht darauf hin, daß sie bei einem Verdienst von vielleicht 1 Mark für tausend Steine die meist größten Risiken des Baunternahmens gegenüber tragen müssen. Das einzige Moment, welches alle Interessenten am Baumarkt etwas zufriedener stimmt, ist der erleichterte Absatz selbst ohne nennenswerten Verdienst und das alles in einer relativ billigen Zahlungsweise der Kundschaft. Man sieht daran, wie heftig der Baustoffmarkt in seinen Ansprüchen ist.

### Stempel-, Fracht- und Zollwesen.

Zollsätze nach Italien, Wasserdichte Pappen aus Asbest und Kautschuk, auf beiden Seiten mit Graphit überzogen, gehören zu den feinen Papieren, und zwar wegen des zollfreien Absatzes für bankisch darstellenden Überzuges mit Graphit zu den feinen Papieren aus farbigem Papier. Sie sind daher nach T.-Nr. 194b und 191b zum verzollungsfähigen Satz von 40 Lire für 100 kg zu verzollen.

Tariffierung von Holzmehl. Mit Gültigkeit vom 1. April d. J. wird Holzmehl in Spezialtariff Nr. 1 aufgenommen.

## Hypotheken- und Grundstücksmarkt.

Berlin. (Wochenbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypotheken-Makler.) Die Feiertagswoche hat eine große Stille auf dem Hypotheken- und Grundstücksmarkt hervorgerufen. Abgesehen von dem vor Einführung der Wilmersdorfer Wertzuwachssteuer noch raschest vorgenommenen Verkauf des Hanischschen Grundstücks an der Brandenburger Straße im Werte von 6 Millionen Mk. und mehreren anderen Baustellen, wurden Umsätze von Belang nicht bekannt. Notiert wurden: Pupillarisch erstellte Eintragungen 4½, sonstige feine Anlagen 4½—4¼, Institutsgelei 4¼—4½, Vorortshypotheken 4¼—4½, Baugelder 5—5½, zweite Stellen in bester Lage hinter niedrigen Eintragungen 4¼—5½, sonstige Apartments 5½—6½, Institutsgelei bedingungen 1—1½, Abschlußprovision.

### Geschäftsberichte.

Die Akt.-Ges. für Bauausführungen in Berlin ist für 1909 nach zwei erträgnislosen Jahren wieder in der Lage, eine Divid. und zwar 5 v. H. zur Ausschüttung zu bringen. Der Reingewinn beläuft sich nach Tilgung des Verlustvortrages von 2504 Mark auf 146 427 Mark, während sich in 1908 ein Überschuß von 190 744 Mk. ergeben hatte, um den sich unter Hinzurechnung der Reserven in Höhe von 423 766 Mark der Verlustsaldo aus 1907 (617 014 Mark) auf 2504 Mark verminderte. Die Abschreibungen werden im Betrage von 31 361 Mark (38 377) vorgenommen. Der Reingewinn soll folgendermaßen verteilt werden: dem Reservofonds 14 642 Mark, 5 v. H. Dividende = 125 000 Mark, dem Aufsichtsrat 1589 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 5995 Mark. Im Geschäftsberichte ist die Veranlassung, daß in 1909 um die wenigen Bauausführungsbetriebe heiße Konkurrenzkämpfe entbrannten, die lobnende Preise kaum zuließen.

Schlimschower Portland-Zement-, Kalk- und Ziegelewerke, Schlimschow. In der Generalversammlung am 19. d. M. wurde die Tagesordnung erledigt und die sofort zahlbare Dividende auf 6 v. H. festgesetzt.

Berliner Holzcomptoir. Die Gesellschaft hat in 1909 besser gearbeitet als im Vorjahre. Sie ist zwar von Verlusten aus diesjährig nicht verschont geblieben, — abgesehen von Forderungen werden 53 334 Mark — abgeschrieben, aber in 1908 mußten für uneinbringbare Forderungen 147 052 Mark abgeschrieben werden. Nach Abschreibungen im Betrage von 104 870 Mk. (127 283) ergibt sich einschließlich 42 056 Mark Vortrag ein Reingewinn von 239 573 Mark. (1908 bei 44 496 Mark Vortrag 177 783 Mark). Die Steigerung des Reingewinns ist in Wirklichkeit aber größer, da in 1908 50 000 Mark dem Dekreditorfonds entnommen wurden. Dieser Fonds, der jetzt 50 000 Mark enthält, wird aus dem diesjährigen Reingewinn nicht neu aufgeführt, die Verwaltung hat sich vielmehr entschlossen, die Dividende von 2 auf 3 v. H. zu erhöhen; neu vorgetragen werden 36 266 Mark (42 056). Im Geschäftsbericht führt die Verwaltung aus, daß die große Beunruhigung, die die Zahlungseinstellungen Brihl-Valentin auf dem Holzmarkt verursacht, wieder geschwunden sei. Die Aussichten für das Holzgeschäft seien gegenwärtig freundlicher, die Nachfrage sei allenthalben reger, die Lagerbestände der Gesellschaft seien durchweg marktgängig und die Neuankünfte, wenn auch zu höheren, so doch im Verhältnis zur allgemeinen Marktlage noch zu günstigen Preisen getätigt. Der ungewöhnlich flauen Winter bedingt als Folge schwieriger Ausfuhr eine geringere Neuankunft von Rohmaterial und damit im Zusammenhang stehende Verkaufspreise.

„Adler“ Deutsche Portland-Zementfabrik A.-G. in Berlin. Der Aufsichtsrat schlägt vor, nach Abschreibungen von 449 833 Mark (i. V. 524 912 Mark) auf das erhöhte Aktienkapital von 5,5 Mill. Mark 3 v. H. Dividende (i. V. 10 v. H. auf 4 Mill. Mark) auszuschütten und 245 446 Mark (208 964 v. H.) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Aussichten für das laufende Jahr sind, wie die Verwaltung mitteilt, durch den stark gestiegenen Preisdruck sehr ungünstig, zumal das Zustandekommen einer Preiskonvention in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.

Stettiner Chamottefabrik Didler. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 17 v. H. auf das erhöhte Aktienkapital von 16 000 000 Mark (1908 12 500 000) vorzuschlagen. Der Rohgewinn beträgt ausschließlich Vortrag 3 514 552 Mark (1908 2 755 595). Die Abschreibungen betragen 173 806 Mark (154 380) auf Alnacewerte und 14 700 auf Patente, die Rückstellungen einschließlich 40 000 Mark Talonsteuer 190 000 Mark (125 000 Mark). Der Vorstand teilt mit, daß der Geschäftsgang befriedigend sei.

### Einladung zur Mitarbeit.

Angebote von gut durchgearbeiteten Zeichnungen oder Federstrichpappen und Photographien aus allen Gebieten des Bauwesens, welche sich zur Wiedergabe im fachlichen Teile dieser Zeitschrift eignen, sind stets erwünscht, desgleichen von Aufsätzen über baufachliche Angelegenheiten aller Art, insbesondere über Ausführung und Durchbildung einzelner Bauteile.

Vergütungsansprüche sind bei Einsendung der Arbeiten anzugeben. Zeichnungen und Abbildungen werden nach ihrer Verwendung unbeschädigt zurückgeliefert.

Die Schriftleitung der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“.